



zu TOP: 8
Rasterpkt.: Allg. Gespol.

Resolution zur Hauptversammlung vom 6. bis 8. Oktober 2011 in Karlsruhe

Antragsteller: Bundesvorstand (im Einvernehmen mit dem EV)

Landesverband:

Headline: Wahlfreiheit statt Einheitskrankenkasse - „Konvergenz der Versicherungssysteme“ ist der falsche Weg

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

- 1 Die HV des FVDZ wendet sich gegen die teils offenen und teils verdeckten politi-
- 2 schen Aktivitäten, unter dem Stichwort „Konvergenz der Versicherungssysteme“ eine
- 3 gesetzliche Einheitskrankenkasse durchzusetzen.
- 4
- 5 Die so genannte Konvergenz des gesetzlichen und privaten Versicherungssystems
- 6 soll in einem gesetzlichen Einheitskrankenkassensystem münden. Dies würde gegen
- 7 die grundgesetzlich gesicherten individuellen Bürgerrechte verstoßen und ist in unse-
- 8 rem demokratischen Gesellschaftssystem verfassungsrechtlich ausgeschlossen.
- 9 Nur durch die klare Trennung der Systeme und die damit verbundene klare Zuord-
- 10 nung der Risiken (Pflicht- und Wahlversicherungsleistungen) wird es überhaupt mög-
- 11 lich sein, die bereits bestehenden und sich die nächsten Jahrzehnte permanent ver-
- 12 stärkenden ungeheuren Probleme der demografischen Herausforderung zu bewälti-
- 13 gen.
- 14 Es ist aus Sicht der HV unmöglich, die Probleme des GKV-Systems, in dem die
- 15 überwältigende Mehrheit der Bevölkerung versichert ist, durch eine „Fusion“ mit dem
- 16 PKV-System zu lösen.

Abstimmung: einstimmig